

Antrag 2026/I/Arb/1

Distrikt Eimsbüttel-Süd

Nachreichung formaler Qualifikationen bei Bewerbungen auf Behördenstellen ermöglichen

- 1 Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an die SPD Bürgerschaftsfraktion und den Ham-
- 2 burger Senat und zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD beschließen:
- 3 Es wird gefordert, dass bei Bewerbungen auf Behördenstellen mit Tarifvertrag formale Qualifi-
- 4 kationen wie ein Bachelor- oder Masterabschluss nicht zwingend zum Zeitpunkt der Bewer-
- 5 bungsfrist vollständig vorliegen müssen, sondern innerhalb der Probezeit rechtsverbindlich
- 6 nachgereicht werden können, sofern der Abschluss zum Zeitpunkt der Bewerbung absehbar
- 7 bevorsteht.

8 Begründung

- 9 Bei Stellenausschreibungen, die einen Hochschulabschluss voraussetzen, muss dieser derzeit
- 10 häufig bereits zum Ende der Bewerbungsfrist vorliegen. Dadurch werden Studierende ausge-
- 11 schlossen, die sich in der Abschlussphase ihres Studiums befinden und beispielsweise nur noch
- 12 ihre Abschlussarbeit verfassen oder auf die endgültige Bewertung warten.
- 13 Diese Praxis verhindert einen fließenden Übergang vom Studium in den Vollzeitberuf und führt
- 14 dazu, dass sich qualifizierte Absolventinnen und Absolventen trotz absehbaren Berufseinstiegs
- 15 übergangsweise arbeitslos melden und Bürgergeld beantragen müssen. Dies ist sowohl für die
- 16 Betroffenen als auch für die Verwaltung mit unnötigem Aufwand verbunden.
- 17 In der Privatwirtschaft ist es bereits gängige Praxis, Studierende kurz vor Abschluss zu rekrui-
- 18 tieren und Arbeitsverträge unter der Bedingung eines erfolgreichen Studienabschlusses abzu-
- 19 schließen. Der formale Nachweis des Abschlusses wird dort nachgereicht, sobald die Abschluss-
- 20 arbeit bewertet und die Noten feststehen.
- 21 Eine entsprechende Anpassung im öffentlichen Dienst würde nicht nur jungen Berufseinstei-
- 22 gerinnen und Berufseinsteigern den Einstieg erleichtern, sondern auch die Attraktivität des öf-
- 23 fentlichen Dienstes im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte erhöhen. Gleichzeitig ließe sich
- 24 Verwaltungsaufwand reduzieren, da Übergangsphasen mit Arbeitslosmeldung und Leistungs-
- 25 bezug vermieden würden.

26